

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR · Lindenstraße 34 · 14467 Potsdam

Bruckbauer & Hennen GmbH
Schillerstraße 45
14913 Jüterborg

1341+1342/2024/ Frau Erdmann
Tel: 0331/201 55-51
Ihr Zeichen:

Potsdam, 16. August 2024

per Fax:
per email: info@bruckbauer-hennen.de

Stellungnahme, Äußerung und Einwendung der o.g. anerkannten Naturschutzverbände zum Bebauungsplan „Solarpark Langenlipsdorf“ der Gemeinde Niedergörsdorf sowie zur Änderung des Flächennutzungsplans Niedergörsdorf im Bereich Bebauungsplan „Solarpark Langenlipsdorf“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachträglich ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren:

Der vorliegende FNP-Vorentwurf sieht Freiflächen-PV-Anlagen entlang der Bahnlinie Jüterbog-Falkenberg auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche mit einer Größe von ca. 22 ha vor.

Die Flächennutzungsplanänderung wird zum derzeitigen Planungsstand abgelehnt.

Begründung:

Die Art und Weise der Veröffentlichung der Unterlagen im Internet wird als fachlich inkorrekt eingestuft. Wird versucht die Pläne über die in der amtlichen Bekanntmachung angegebenen Internetadressen <http://blp.brandenburg.de> bzw. <http://bauleitplanung.brandenburg.de> zu finden, so wird man entweder auf die Startseite von Niedergörsdorf weitergeleitet oder erhält eine Fehlermeldung. Dies entspricht nicht § 3 Abs. 2 BauGB, wonach „die nach Satz 1 zu veröffentlichenden Unterlagen und der Inhalt der Bekanntmachung über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich zu machen sind“.

Die Legende des Landschaftsplanes ist nicht gut lesbar. Auch die Größe der Signaturen in der Legende muss denen im Plan angepasst werden.

Im Dokument „Begründung mit Umweltbericht, 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Niedergörsdorf im Bereich des Bebauungsplans „Solarpark Langenlipsdorf“ wird die Notwendigkeit dieser Änderung damit begründet, dass „maßgebend dafür ist, dass Anlagenbetreiber für Flächen in einem 500 Meter Korridor zur Bahnstrecke eine EEG-Vergütung in Anspruch nehmen können“. Ansonsten besteht der Text ausschließlich aus einer Beschreibung des Vorhabens und der Darlegung der rechtlichen Grundlagen sowie dem Umweltbericht. Allein eine Beschreibung von Ziel und Anlass sind keine Begründung. Vielmehr ist unbedingt nicht nur ein Zitat der Ziele des LEP HR, sondern eine Auseinandersetzung mit den Zielen des LEP HR und denen des

Regionalplans erforderlich, da die geplante FNP-Änderung diesen Zielen teilweise entgegensteht. So ist zwar ein 200 m breiter Streifen entlang von Bahnstrecken privilegiert für derartige Vorhaben, aber nicht die darüber hinaus gehende Fläche, auch wenn nach § 48 EEG ein bis zu 500 m breiter Streifen vergütet wird“. Die wirtschaftlichen Interessen von Anlagenbetreibern können kein alleiniger Grund für die Änderung des FNP sein. Art. 2 Abs. 14 Grundgesetz ist zu beachten. Der Gebrauch des Eigentums soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.

Im LEP-HR heißt es „Den Anforderungen des Klimaschutzes und der damit verbundenen energiepolitischen Zielsetzung zum Ausbau erneuerbarer Energien wird im Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) derzeit u. a. durch eine gesetzlich garantierte Vergütung des Stroms aus Photovoltaikfreiflächenanlagen entsprochen, wenn die Anlagen auf Konversionsflächen errichtet werden.“ **Demnach ergibt sich aus dem LEP-HR keine Empfehlung für die gesamte Fläche, da es sich nicht um eine Konversionsfläche handelt.**

Im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 sind Flächen mit einer Ackerzahl von mindestens 24 für die Landwirtschaft zu sichern. Dabei ist es auch mit dem Beschluss in der Regionalversammlung am 6.06.2024 geblieben und dieser aktuelle Stand sollte so auch in der Begründung zum FNP-Entwurf dargestellt werden.

Laut FNP-Entwurf (S. 5) „liegt die Bodenwertzahl im gewichteten Mittel bei 22“. Diese Angabe nutzt der Standortbewertung kaum, da Datengrundlage und Berechnungsformel für das gewichtete Mittel fehlen. Das energieportal brandenburg stellt Teile der Fläche mit einer Bodenwertzahl ≥ 23 und damit als potenzielle Flächen für Agri-Photovoltaik dar. Hier bedarf es also einer Korrektur zu den Bodenwertzahlen und einer Begründung, warum Freiflächen-PV-Anlagen statt Agri-PV festgeschrieben werden sollen.

Freiflächenphotovoltaikanlagen stellen einen erheblichen Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild dar. Durch diese Anlagen werden **Landschaften zerschnitten, Barrieren für wandernde Tiere aufgebaut, Bodenflächen versiegelt und stark verschattet** und das **Landschaftsbild beeinträchtigt**. Prinzipiell gibt es keine vernünftige Begründung, unverbrauchte Flächen mit Photovoltaikanlagen zu belegen, so lange noch nicht alle in Frage kommenden **Konversions- und Dachflächen** dafür benutzt werden. Auch aus dem auf S. 4 in der Begründung genannten Erneuerbare-Energien-Gesetz lässt sich nicht ableiten, dass Freiflächenanlagen gegenüber besser geeigneten Flächen vorzuziehen sind. Insofern sind derartige Vorhaben grundsätzlich abzulehnen. In besonderen Maß trifft dies auf die Gemeinde Niedergörsdorf zu. Dort sind Menschen, Natur und Landschaftsbild schon überproportional mit Windenergieanlagen belastet. Nun sollen noch mindestens vier Freiflächen-PV-Anlagen und eine Agri-PV-Anlage im Gemeindegebiet errichtet werden. Aus den Unterlagen ist auch nicht ersichtlich, ob der erzeugte Energieüberschuss in der Region benötigt wird. **Der Energiebedarf in der Region ist aufzuzeigen.**

Die Annahme, dass eine Freiflächenphotovoltaikanlage von dieser Größe keinen Einfluss auf das Lokalklima hat und dass das Gebiet weiterhin zur Kaltluftentstehung beiträgt, sollte durch Quellen belegt werden. Es ist bekannt, dass Solarparks die Albedo reduzieren und auf diese Weise zu einem lokalen Temperaturanstieg führen (Barron-Gafford et al. 2016). Es ist nicht geklärt, wie sich solche lokalen Wärmeinseln auf Flora und Fauna, insbesondere den benachbarten Wald, auswirken.

Im Umweltbericht (S. 18) findet sich die Aussage, dass „durch die Nutzung von Solarenergie keine CO₂-Emissionen entstehen werden“. Dabei wird völlig vergessen, dass die Nutzung von Solarenergie für die Stromerzeugung durchaus zunächst einmal zu CO₂-Emissionen führt. Zu berücksichtigen sind Herstellung, Transport und Rückbau sowie die notwendigen Rohstoffe. Nur im Vergleich mit konventioneller Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen zeigen sie eine bessere Bilanz. Für die Berechnung der Klimaneutralität müssen all diese CO₂-Emissionen mit einbezogen werden.

Darüber hinaus müssen die Auswirkungen von einer wachsenden Anzahl großflächiger Solarparks auf das Lokalklima in die Berechnungen mit einbezogen werden.

Die Artenschutzprüfung des geplanten Standorts für die Freiflächenphotovoltaikanlage hat ergeben, dass der Lebensraum von **Feldlerchen** besiedelt wird. Der Lebensraum für Feldlerchen wird immer stärker eingeschränkt. Ein Ausgleich ist allein durch die Anlage von Extensivflächen im Solarpark nicht möglich, da sich die Habitatfläche naturgemäß deutlich verringert.

Es gehen Rast- und Ruheplätze sowie Jagdhabitats für den **Rotmilan** verloren. Eine Auseinandersetzung mit diesen Auswirkungen fehlt im Umweltbericht. Es wird auch nicht klar, ob mit „Durchlässigkeit des Gebietes für Säugetiere“ nur Kleinsäuger gemeint sind oder ob auch Wildkorridore angelegt werden sollen.

Insgesamt ist demnach die Begründung für das Vorhaben unzureichend, da eine Auseinandersetzung mit den Vorgaben des LEP HR und des Regionalplan-Entwurfs fehlt und die Einschätzung im Umweltbericht, dass „umwelterhebliche Auswirkungen durch das Bauvorhaben nicht zu erwarten sind“ nicht nachvollziehbar ist.

Das Bebauungsplanvorhaben wird zum derzeitigen Planungsstand abgelehnt.

Begründung:

Viele der fachlichen Fehler beim FNP-Entwurf und bei der Fortschreibung des LP wiederholen sich im BP-Entwurf.

Zu den textlichen Festsetzungen:

- Es ist ein formaler Fehler, dass in den textlichen Festsetzungen unter 3. nur „Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht statt „Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“.
- Es ist planerische Praxis, dass Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft im Plan mit einer grünen Umgrenzung gekennzeichnet werden. Eine derartige Kennzeichnung ist nur bei dem Weg im Norden des Gebiets, der mit einer Baumreihe bepflanzt werden soll, vorhanden (textliche Festsetzung 4, Maßnahme M 1). Es fehlen jedoch die Feldlerchenschutzstreifen, die in den Sondergebieten SO1 und SO2 laut textlicher Festsetzung 3.3 (Maßnahme M 2) angelegt werden sollen. Dagegen sind jedoch Landwirtschaftsflächen (Dauergrünland) in Verbindung mit textlicher Festsetzung 3.3 außerhalb der Sondergebiete im Plan eingezeichnet, und zwar einmal als mittiger Streifen von 12 m Breite und einmal als 10 m breiter Streifen an der Westseite des Gebietes. Es bedarf einer Klarstellung. Es fehlt in den textlichen Festsetzungen aber auch die Maßnahme M 5 - Entwicklung von Dauergrünland in den SO 1 und 2 auf einer Fläche von 189.939 m², die laut Begründung (S. 32) als Ausgleichsmaßnahme (Extensivierung) für die Bodenversiegelung vorgesehen ist.
- Sollte es sich also bei den Flächen für die Maßnahmen M 2, M 5 und M 6 um Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft handeln, so sind diese im Plan entsprechend durch eine grüne Umrandung kenntlich zu machen. Für Maßnahme M 5 kann das gesamte Sondergebiet mit der Randsignatur „Flächen für Maßnahmen zum Schutz ...“ umrandet werden. Um solche überlagernden Festsetzungen darzustellen, wird üblicherweise auf die grüne Flächensignatur verzichtet. Ein Beispiel für eine solche Überlagerung von Flächen für Maßnahmen mit Baugebietsfestsetzungen findet sich in der Arbeitshilfe Bebauungsplanung des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung in Kapitel B 14.1 auf Seite 6 (Quelle: https://mil.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/221216_Arbeitshilfe_Gesamt_Doppelseitig_2022.4272542.pdf).

- Soll die Extensivierung des Grünlands eine Ausgleichsmaßnahme darstellen, so sollte dies auch einen Verzicht auf Düngemittel und Pestizide beinhalten und daher für alle Flächen über die textlichen Festsetzungen gesichert werden sowie unter 8.4 „Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung“ (S. 32) explizit erwähnt werden: „Der Eingriff beim Schutzgut Pflanzen und Tiere wird durch die extensive Begrünung ausgeglichen. Die Begrünung wirkt durch das bessere Wasserrückhaltevermögen im Vergleich zu Acker positiv auf das Schutzgut Wasser, ebenso wie das Ausbleiben von Düngung und Pestiziden.“ Es bietet sich an, das Ziel dieser Festsetzung auch in der Begründung (S. 19) unter Kapitel 6 darzulegen. Allerdings ist nicht klar, ob dies so wirklich geplant ist, denn auf S. 26 wird lediglich von „einer Reduktion des Dünger- und Pflanzenschutzmitteleintrags“ im Zusammenhang mit der Extensivierung geschrieben. Hier muss eine Klarstellung erfolgen.

- Es ist nicht nachvollziehbar, warum ein Teil der Flächen für die Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft nicht Bestandteil des B-Plans, sondern nur im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags geregelt werden soll.

- In den textlichen Festsetzungen fehlt eine Liste mit empfohlenen Bäumen und Sträuchern.

Zur Begründung für den Bebauungsplan:

Die Notwendigkeit dieses Bebauungsplanentwurfs wird damit begründet, dass „maßgebend dafür ist, dass Anlagenbetreiber für Flächen in einem 500 Meter Korridor zur Bahnstrecke eine EEG-Vergütung in Anspruch nehmen können“ (S. 5) bzw. mit dem „wirtschaftlichen Zwang zur Sicherung der Landwirtschaftsbetriebe“ (S. 16). Ansonsten besteht der Begründungstext zum BP-Entwurf fast ausschließlich aus einer Beschreibung des Vorhabens und der Darlegung der rechtlichen Grundlagen. Allein eine Beschreibung von Ziel und Anlass sind keine Begründung. Die wirtschaftlichen Interessen der Anlagenbetreiber können aber nicht eine Freiflächenphotovoltaikanlage begründen, die weder mit den Zielen des EEG noch denen des LEP HR und des Regionalplans übereinstimmt. So ist zwar ein 200 m breiter Streifen entlang von Bahnstrecken privilegiert für derartige Vorhaben, aber nicht die darüber hinaus gehende Fläche, auch wenn nach § 48 EEG ein bis zu 500 m breiter Streifen vergütet wird“.

- § 4 EEG besagt, dass „für die Steigerung der installierten Leistung nach Satz 1 Nummer 3 ein Zubau von Solaranlagen auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand mindestens im Umfang des Zubaus von Freiflächenanlagen und Solaranlagen auf, an oder in einer baulichen Anlage, die weder Gebäude noch Lärmschutzwand ist, angestrebt werden“. Es müsste also erst einmal überprüft werden, **wie viele Anlagen auf oder an Gebäuden oder Lärmschutzwänden vorhanden sind**. Laut Kriterienkatalog der Gemeinde Niedergörsdorf liegen diese Daten zurzeit noch nicht vor.

- Im LEP-HR heißt es „Den Anforderungen des Klimaschutzes und der damit verbundenen energiepolitischen Zielsetzung zum Ausbau erneuerbarer Energien wird im Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) derzeit u. a. durch eine gesetzlich garantierte Vergütung des Stroms aus Photovoltaikfreiflächenanlagen entsprochen, wenn die Anlagen auf Konversionsflächen errichtet werden.“ Demnach ergibt sich auch aus dem LEP-HR keine Empfehlung für die geplante Fläche.

- Im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 sind Flächen mit einer Ackerzahl von mindestens 24 für die Landwirtschaft zu sichern. Dabei ist es auch mit dem Beschluss in der Regionalversammlung am 6.06.2024 geblieben und dieser aktuelle Stand sollte so auch in der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf dargestellt werden.

Zu den Schutzgütern:

1. Biologische Vielfalt

Es wird von einer Verbesserung der biologischen Vielfalt durch die Extensivierung der intensiv genutzten Ackerfläche ausgegangen (S. 26). Auch die Bodenfauna soll artenreicher werden. All dies sind jedoch Annahmen ohne Quellenangaben. So sollen die Modultische sehr eng gestellt werden (GRZ 0,8, Abstände zwischen den Reihen < 3 m), was zu einer dauerhaften Beschattung auch zwischen den Modulreihen führt. Gleichzeitig bleibt es auch bei Regen unter den großen Tischen trocken. Es ist daher fraglich, ob sich die Strukturvielfalt durch Ausbildung einer mehrstufigen Krautschicht erhöht. Die Praxis zeigt, dass sich selbst zwischen den Modulreihen nur wenig Vegetation und damit auch keine artenreichere Bodenfauna entwickeln kann. Es ist sicher zu stellen, dass im **Zeitraum Mitte April bis Mitte September von 9:00 bis 17:00 Uhr die Streifen zwischen den Reihen mit Sonne beschienen werden können**. Auch bei der Festsetzung der **Feldlerchenschutzstreifen** geht man davon aus, dass die Streifen eine Breite von mindestens 5 m haben müssen, um im Zeitraum Mitte April bis Mitte September von 9:00 bis 17:00 Uhr eine Besonnung eines mindestens 3 m breiten Streifens zu erreichen (S. 19). **Die GRZ darf daher 0,5 nicht überschreiten**. Es muss ein Monitoring – auch der Bodenfauna – festgesetzt werden, um die Entwicklung zu dokumentieren.

2. Brutvögel

Es ist vorgesehen, in den beiden Sondergebieten für verlorengelassene Feldlerchenreviere mindestens vier Schutzstreifen von einer Größe von 5 m x 80 m zentral in der Fläche und ungefähr dort, wo die ursprünglichen Revierzentren lagen, anzulegen. Der Ansatz ist gut, aber nicht ausreichend. Wesentlich sind größere Reihenabstände, damit sich tatsächlich eine artenreiche Vegetation und damit auch eine arten- und individuenreiche Insektenfauna ausbilden kann, und deutlich mehr PV-freie Flächen (vgl. Vorschläge von Zaplata & Stöfer 2022). Je weniger homogen eine Landschaft und damit auch ein Solarpark aufgebaut sind, umso größer ist die biologische Vielfalt. Darüber hinaus ist ein mehrjähriges Monitoring des Solarparks im Vergleich mit einem gleich großen, intensiv-landwirtschaftlich genutzten Gebiet außerhalb erforderlich (Zaplata & Stöfer 2022).

Wir sehen auch die Vorschläge „Strukturanreicherung durch Entwicklung von lückigen Kleingehölzen, Stein- und Totholzhaufen und Hochstaudenbeständen v. a. im Randbereich der Anlagenstandorte“ und „ggf. Anbringung von Nisthilfen, z. B. Halbhöhlen, an Modulträgern“ (S. 33) positiv. Diese sollten in die textlichen Festsetzungen mit aufgenommen werden.

3. Säugetiere

Um größeren Säugetieren die Wechselmöglichkeiten zwischen den Waldgebieten im Norden und Süden zu ermöglichen, sollte der mittlere Dauergrünlandstreifen als Wildkorridor mit der entsprechenden Breite offengehalten und gestaltet werden.

4. Fläche und Boden - Versiegelungsgrad

Fragwürdig ist der Versiegelungsgrad. Auf Seite 32 heißt es, dass im Sondergebiet eine maximale Versiegelung von 5 % zulässig ist. Gleichzeitig wird eine GRZ von 0,8 angesetzt.

Zulässig sind laut textlicher Festsetzung Nr. 1 „all jene baulichen Anlagen, die für den Betrieb der Photovoltaikanlagen erforderlich sind“. Auch wenn Modultische explizit genannt werden, so dürfen nach textlicher Festsetzung auch direkt auf dem Boden aufliegende PV-Module zulässig sein. Dann wäre ein Versiegelungsgrad von 80 % möglich (und „zulässig“). Soll tatsächlich der Versiegelungsgrad maximal 5 % betragen, ist dies durch eine geeignetere Festsetzung zu sichern. Es ist daher sinnvoll, „eine lichte Höhe“ unter den Modultischen festzusetzen, wie es die Anforderungen

an die konstruktive Gestaltung der Freiflächenphotovoltaikanlagen im Kriterienkatalog der Gemeinde Niedergörsdorf vorsehen (mindestens 0,4 m über der Geländeoberkante).

In diesem Zusammenhang weisen wir auch darauf hin, dass auf Seite 32 bei der Berechnung der Ausgleichsmaßnahmen für den Boden als maximal zulässige Versiegelung 0,05 % angegeben wird, aber im Anschluss wohl mit 5 % gerechnet wird. Allerdings stimmen die Ergebnisse nicht ganz.

Nicht nachvollziehbar ist die Aussage, dass „ein Funktionsverlust durch Versiegelung und Verdichtung nur in den Bereichen der Betriebsgebäude wie z.B. den Trafostationen auftreten wird“ (S. 28), obwohl auch die Modulaufständigung mit Rammpfählen natürlich zur Verdichtung beiträgt.

5. Fläche und Boden – Erosion

Die Annahme, dass durch die Nutzungsänderung in extensiv genutztes Grünland die Erosionsgefahr sogar abnimmt (S. 28), ist nicht nachvollziehbar. Es wurde dabei nicht die Erosion betrachtet, die durch Starkregen (ab 15 l/qm in einer Stunde) ausgelöst wird. Der Regen fließt von den Modulflächen auf eine relativ kleine Fläche des Sandbodens, während die Fläche unter den Modulen trocken bleibt. An den unteren Modulrändern kann es daher zu erheblicher Bodenerosion kommen.

6. Klima/Luft

Die Annahme (S. 28), dass eine Freiflächenphotovoltaikanlage von dieser Größe keinen Einfluss auf das Lokalklima hat und dass das Gebiet weiterhin zur Kaltluftentstehung beiträgt, sollte durch Quellen belegt werden. Es ist bekannt, dass Solarparks die Albedo reduzieren und auf diese Weise zu einem lokalen Temperaturanstieg führen (Barron-Gafford et al. 2016). Es ist nicht geklärt, wie sich solche lokalen Wärmeinseln auf Flora und Fauna, insbesondere den benachbarten Wald, auswirken. Es muss auch berücksichtigt werden, dass in nur 2 km Entfernung mit dem Solarpark Zellendorf die nächste Wärmeinsel entstehen soll.

Zum Brandschutz:

Für den Brandschutz ist ein Löschwasservorrat vorgesehen. Die Fläche für den Löschwasservorrat sowie die Löschwasserentnahmestellen sind in den B-Plan einzutragen.

Auswirkungen auf das Klima:

Im Umweltbericht wird auf die CO₂-Emissionslosigkeit der Stromerzeugung durch die Nutzung von Solarenergie hingewiesen (S. 31). Dabei wird völlig vergessen, dass die Nutzung von Solarenergie für die Stromerzeugung durchaus zunächst einmal zu CO₂-Emissionen führt. Zu berücksichtigen sind Herstellung, Transport und Rückbau sowie die notwendigen Rohstoffe. Nur im Vergleich mit konventioneller Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen zeigen sie eine bessere Bilanz. Für die Berechnung der Klimaneutralität müssen all diese CO₂-Emissionen selbstverständlich mit einbezogen werden.

Darüber hinaus müssen die Auswirkungen von einer wachsenden Anzahl großflächiger Solarparks auf das Lokalklima in die Berechnungen mit einbezogen werden.

Zum Kompensationsbedarf:

Die Auswirkungen sind vielfach falsch dargestellt und deutlich gravierender. Die Anlage von Dauergrünland in den Sondergebieten wird bei einer GRZ von 0,8 nicht zur Erhöhung von mehr biologischer Vielfalt führen. Dazu wird der Boden durch Erosion gefährdet. Sie ist also als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme ungeeignet. Dies ließe sich durch eine GRZ von maximal 0,5 und damit größere Reihenabstände vermeiden. Auch die wegfallenden Feldlerchenreviere lassen sich höchstens

durch größere Reihenabstände zwischen den Modulen sowie deutlich mehr als nur die vier vorgesehenen streifenförmigen Freiflächen kompensieren lassen. Erforderlich ist ein breiter Wildkorridor, damit der Solarpark nicht zu einem Hindernis für größere Säugetiere wird.

Die lokale Erwärmung ist hinsichtlich des Klimawandels problematisch und lässt sich kaum ausgleichen.

Ein mehrjähriges Monitoring des Solarparks im Vergleich mit einem gleich großen, intensiv-landwirtschaftlich genutzten Gebiet außerhalb, aber in direkter Nachbarschaft ist erforderlich (Zaplata & Stöfer 2022).

Detaillierungsgrad der Umweltprüfung:

Neben den Brutvögeln müssen auch Nahrungsgäste und Wintergäste untersucht werden. Reptilien, Amphibien und Säugetiere (Kleinsäuger, Migration durch Großsäuger, Fledermäuse) sind nach den üblichen Standards zu kartieren.

Eine Biotopkartierung ist ebenfalls vorzulegen.

Fazit

In der vorliegenden Fassung genügt der BP-Entwurf nicht durchschnittlichen Qualitätsansprüchen. In der Begründung für den B-Plan wurden wesentliche Aspekte aus den rechtlichen Grundlagen und übergeordneten Plänen weggelassen. Die Auswirkungen auf die Schutzgüter wurden zum Teil falsch beurteilt und beruhen in vielen Fällen auf unbelegten Annahmen.

Die Pläne sind zu überarbeiten. Wir bitten um weitere Beteiligung in den laufenden Verfahren.

Quellen:

Barron-Gafford, G.A., Minor, R.L., Allen, N.A., Cronin, A.D., Brooks, A.E., Pavao-Zuckerman, M.A. (2016): The Photovoltaic Heat Island Effect: Larger solar power plants increase local temperatures.- Scientific Reports | 6:35070 | DOI: 10.1038/srep35070 (<https://www.nature.com/articles/srep35070>)

Zaplata, M., Stöfer, M. (2022): Metakurzstudie zu Solarparks und Vögeln des Offenlands.- Nabu. https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/solarenergie/220318_solarpark-vogelstudie_offenland.pdf

Mit freundlichen Grüßen,

i.A. Michelle Erdmann

